

## Demokratie braucht Politische Bildung! IGPB-Stellungnahme aus Anlass der aktuellen Entwicklungen in Israel und im Nahen Osten

Der Krieg und seine globalen Auswirkungen polarisieren medial wie politisch und sind auch Thema in der Schule und anderen Bildungsinstitutionen. Schüler:innen, Lernende in der Erwachsenenbildung und die Lehrkräfte selbst sind emotional betroffen und suchen nach Orientierung und Einordnung. Angesichts der dramatischen Nachrichten und verstörenden Bilder aus Israel und Gaza (und anderen Kriegs- und Konfliktzonen) ist eine fachlich wie fachdidaktisch angemessene Auseinandersetzung mit Kriegen, aber auch mit Konflikten generell, im Unterricht von großer Bedeutung.

Es liegt auf der Hand, dass Lehrkräfte kurzfristig Hilfestellung brauchen, um aktuelle Krisen und Kriege pädagogisch zu bearbeiten. Dafür bedarf es allerdings auch der nötigen strukturellen und längerfristigen Rahmenbedingungen – eine Voraussetzung, die aktuell in Österreich nicht erfüllt ist. So zeigt sich gerade hier wieder, wie wichtig es ist, Politische Bildung mittel- und langfristige als Unterrichtsfach zu verankern, denn Politische Bildung leistet bei fachgerechter Umsetzung einen unverzichtbaren Beitrag zu einer demokratischen, solidarischen und pluralen Gesellschaft. Lehrende der Politischen Bildung sind ausgebildete Expert:innen für Kontroversität, die Bearbeitung und Diskussion von politischen Konflikten sowie für Themen wie Antisemitismus, Rassismus, Menschenrechte und Demokratie.

Die wissenschaftliche Evidenz zeigt, dass einer Radikalisierung von Jugendlichen nicht mit Verboten, Disziplinierung oder Verfolgung entgegengewirkt werden kann. Die strafrechtliche Verfolgung extremistischer Taten ist notwendig, aber die Schule als pädagogischer Raum hat die Aufgabe, die Diskurs- und Orientierungsfähigkeit von Jugendlichen zu stärken, um problematischen Sichtweisen argumentativ und mit Fakten entgegenzuwirken.

Für eine weitere Professionalisierung der Politischen Bildung müssen die politisch Verantwortlichen in die Ausbildung der Lehrenden investieren und die Stellung des Fachs im schulischen Unterricht verbessern. Denn wie im [IGPB-Positionspapier zum Unterrichtsfach Politische Bildung](#) (März 2022) formuliert, nützt es nichts, Politische Bildung nur bei aufkommenden Gefahren für die Demokratie als „Feuerwehr“ auf die Tagesordnung zu setzen. Hingegen sind Krisen ein geeigneter Zeitpunkt, die finanziellen Ressourcen des Fachs und die Ausbildung der Lehrenden im Bereich der Politikdidaktik zu verbessern.

Daher schlägt die IGPB vor, rasch kurzfristige Maßnahmen umzusetzen, aber darüber hinaus jetzt für längerfristige Verbesserungen zu sorgen.

Kurzfristige Maßnahmen sollten lauten:

- zusätzliche Stundenkontingente, um Raum und Zeit für die Auseinandersetzung mit aktuellen Krisen und Konflikten zu ermöglichen,
- einfach zugängliche Unterrichtsmaterialien für den Umgang mit Konflikten, Krieg und Frieden sowie Antisemitismus und Rassismus im Unterricht,
- einfach zugängliches Budget für Schulen für externe professionelle Unterstützung (Workshops, Exkursionen, Vorträge etc.),
- Fortbildungsinitiativen für Pädagog:innen an den Hochschulen zu Konflikttransformation, Friedenspädagogik sowie Antisemitismus/Rassismus/Extremismusprävention.

Als längerfristige Maßnahmen schlagen wir als IGPB vor:

- die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs Politische Bildung in beiden Sekundarstufen, dessen Umsetzung nicht auf Kosten anderer gesellschaftswissenschaftlicher Fächer gehen darf,
- Gründung eines Lehramtsstudiums Politische Bildung an österreichischen Universitäten und PHs mit eigenständigem Curriculum,
- Ausbau von Anlaufstellen und niederschweligen Beratungsstellen für Pädagog:innen (auch für die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit),
- eine strukturelle Verankerung der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Holocaust auf allen Ebenen des Bildungssystems als Präventionsmaßnahme.

Der Vorstand der IGPB (Wien, 20. Nov. 2023)